

Arne C. Seifert

**NATO-Osterweiterung
Europas dreißig verlorene Friedensjahre**

Berlin

April 2023

NATO-Osterweiterung – Europas dreißig verlorene Friedensjahre

In den leidenschaftlichen gesellschaftlichen Debatten um den Ukrainekrieg, Verantwortungszuweisungen, Waffenlieferungen, Sanktionen, Wirtschaftskrieg, Flüchtlingsströme werden den Bürgern zentrale Kausalitäten entweder vorenthalten oder entstellt. Zu diesen gehören Aspekte wie der Sicherheitsbetrug an Russland in Gestalt der NATO-Osterweiterung nach dem Ende des ersten West-Ost/Ost-West-Konflikts und Kalten Kriegs nach 1990; die offen deklarierte Absicht der USA zur Hegemonie über Eurasien/Russland/China im Rahmen „neuer Großmachtrivalität“, und nicht zuletzt eine Initiative der Russischen Föderation von 2021/22 für ein neues gegenseitiges „Übereinkommen über Sicherheitsmaßnahmen“ mit „den Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie den USA.

Um diese Aspekte aufzuhellen stützen sich die folgenden Überlegungen im Wesentlichen auf empirische Quellen zweier Perioden. Periode eins ist dem Sicherheitsversprechen der Westmächte gegenüber der UdSSR bzw. Russischen Föderation gegen Ende des ersten Ost-West/Ost-West-Konflikts 1945/90 sowie der deutschen Einheit 1990. Die bis in die Gegenwart reichende zweite Quellenperiode setzt ca. zwanzig bis dreißig Jahre nach 1990 an. Sie dokumentiert die Einordnung der NATO sowie deren Paktsystems in die Strategie der USA gegenüber Eurasien/Russland/China im Rahmen „neuer Großmachtrivalität“ („New Great Power Competition“). Sie ist die Periode amerikanischer Bemühungen, mit Hilfe der NATO-Osterweiterung durch Einbeziehen Eurasiens den eurasischen Doppelkontinent zu kontrollieren. Archivarische Quellen beider Perioden sind erster Linie das „US National Security Archiv“ (u.a. Briefwechsel zwischen Staatsoberhäuptern, Aktenvermerke von Regierungsinstitutionen etc.), Dokumente des US-Kongresses sowie des „US Congress Research Service“. Als wichtige Quelle gelten auch die „Erinnerungen“ Hans-Dietrich Genschers, Außenminister zur Zeit der 2 + 4 Verhandlungen des „Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ im Mai 1990.

Periode Eins - Sicherheitsversprechen der Westmächte gegenüber der UdSSR sowie Russischen Föderation bezüglich NATO-Osterweiterung.

„Für uns ist die NATO, was sie immer war, ein uns gegenüberstehender militärischer Block mit einer Doktrin von bestimmter Ausrichtung und unter Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu führen... Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird.“¹

Diese Warnung erhob Eduard Schewardnadse, damals sowjetischer Außenminister, anlässlich der Eröffnung der Zwei-Plus-Verhandlungen des „Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ am 5. Mai 1990. (Dieses Datum nicht vergessen!)

Folglich standen russischerseits bereits zu jenem Zeitpunkt die NATO-Erweiterung nach Ost- und Zentraleuropa sowie ins Baltikum, das Verhindern militärischer Infrastruktur in der Nähe zu den Grenzen Russlands sowie das dortige Stationieren ständiger NATO-Truppen als

¹ Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Siedler Verlag, 1995, S. 775.

Misstrauensthemen ganz oben auf der sicherheitspolitischen Prioritätenliste der UdSSR: „Nichts ist vereinbart“, so Schewardnadse, „bevor nicht alle Aspekte der Regelung abgestimmt sind, bevor nicht eine vollständige *Interessenbalance* (kursiv – A. S.) gefunden ist.“² Er drang darauf, „die deutsche Frage mit der *Entwicklung neuer Strukturen für eine gesamteuropäische Sicherheit* zu synchronisieren.“³

Vor diesem historisch unbestreitbaren Hintergrund sind NATO-Argumentationen⁴ politisch und sachlich falsch, ja unverfroren gelogen, wonach keine „amerikanischen und deutschen Regierungsmitarbeiter“ der sowjetischen Führung 1990 versprochen hätten, die NATO würde sich nicht auf Mittel- und Osteuropa ausdehnen. Außerdem, – so die zitierte NATO-Erklärung –, sei eine Erweiterung der NATO – erst Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung in Betracht gezogen worden. „*Zu dem Zeitpunkt, an dem die Versprechen Russland zufolge gegeben wurden, stand dieses Thema noch gar nicht zur Debatte.*“

Das US-Nationale Sicherheitsarchiv stellte anlässlich der Publikation am 23. Dezember 2017 freigegebener Dokumente fest: „Die berühmte Zusicherung von US-Außenminister James Baker bei seinem Treffen mit dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow am 9. Februar 1990, ‚keinen Zentimeter nach Osten‘ vorzurücken, löste in Bezug auf die NATO-Erweiterung eine Kaskade von Zusicherungen bezüglich der sowjetischen Sicherheit aus, die Gorbatschow und anderen sowjetischen Amtsträgern während des gesamten Prozesses der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 und bis ins Jahr 1991 von westlichen Führern gegeben wurden.“⁵ „Die Problematik ‚Vorrücken bis zu sowjetischen Grenzen‘“, heißt es weiter, „wurde nicht vertraglich fixiert, sondern 1990 und 1991 in zahlreichen Gesprächsprotokollen zwischen den Sowjets und den höchsten westlichen Gesprächspartnern (Genscher, Kohl, Baker, Gates, Bush, Mitterrand, Thatcher, Major, Woerner und andere), welche den Schutz der sowjetischen Sicherheitsinteressen und die Einbeziehung der UdSSR in die neuen europäischen Sicherheitsstrukturen zusicherten.“⁶ (Ebenda)

Diese Dokumente geben u.a. wider:

- Baker zu Gorbatschow am 18. Mai 1990 in Moskau: „Ich möchte betonen: Unsere Politik ist nicht darauf gerichtet, Ost-Europa von der Sowjetunion zu trennen. Eine solche Politik ist vorbei. Heute sind wir daran interessiert, gemeinsam mit Ihnen ein stabiles Europa zu schaffen.“
- Francois Mitterrand zu Gorbatschow am 25. Mai 1990: „Der Westen muss Bedingungen für Ihre Sicherheit sowie Europa als Ganzes schaffen.“
- Margit Thatcher, 8. Juni 1990 zu Gorbatschow: „Wir müssen Wege finden, welche die Sowjetunion darin vertrauen lässt, dass ihre Sicherheit gewährleistet ist.[...] Dafür, wie

2 Ebenda, S. Ebenda, S. 779

3 Ebenda, S. 775

4 NATO- Informationsblatt, April 2014, Russlands Anschuldigungen – eine Richtigstellung, https://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/pdf_2014_04/20140523_140411-fact_sheet_Russia-ger.pdf.

5 Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner, Slavic Studies Panel Addresses “Who Promised What to Whom on NATO Expansion?”, <https://mltoday.com/new-document-us-promised-not-to-expand-nato-eastward/>.

6 Ebenda.

auch als Forum zur Integration der Sowjetunion in die Diskussion über die Zukunft Europas, wäre die KSZE der geeignete Schirm.“ (Ebenda) ⁷

Diese dokumentarisch überprüfbare Faktenlage führte im “National Security Archiv” der USA zur Schlußfolgerung: „The documents show that Gorbachev agreed to German unification in NATO as the result of this cascade of assurances, and on the basis of his own analysis that the future of the Soviet Union depended on its integration into Europe, for which Germany would be the decisive actor.”⁸

Die Zusammenfassung enthüllt jedoch auch die Kehrseite US-amerikanischer Intentionen: „But inside the U.S. government, a different discussion continued, a debate about relations between NATO and Eastern Europe. Opinions differed, but the suggestion from the Defense Department as of October 25, 1990 was to leave ‘the door ajar’ for East European membership in NATO.”⁹

„Die freigegebenen US-Aufzeichnungen enthalten neue Beweise für internes amerikanisches Denken, wie einen spezifischen Zeitplan für die Erweiterung in einem Dokument des Außenministeriums vom Frühen September 1993 bis einschließlich der endgültigen Aufnahme der Ukraine, Weißrusslands und Russlands in die NATO im Jahr 2005, nach den Mittel- und Osteuropäern und dem Baltikum.“¹⁰

Aus einem Dokument der “George H. W. Bush Presidential Library“ geht hervor: Die Bush-Administration ließ bereits 1989 in einer „Ungroup“ („informelle Arbeitsgruppe – A. S.) sowie einer weiteren „ad hoc European Security Strategy Group“ aus Vertretern des Nationalen Sicherheitsrats, State Departments sowie des Generalstabs über eine potentielle NATO-Mitgliedschaft der ost-europäischen Staaten beraten.“¹¹

US-Außenminister Baker versicherte Gorbatschow am 9. Februar 1990: „Neither the President nor I intend to extract any unilateral advantages from the processes that are taking place’, and that the Americans understood that ‘not only for the Soviet Union but for other European countries as well it is important to have guarantees that if the United States keeps its

7 Übersetzung ins Deutsche Verfasser.

8 “Die Dokumente zeigen, dass Gorbatschow als Ergebnis dieser Kaskade von Zusicherungen sowie auf der Grundlage seiner eigenen Analyse einer deutschen Vereinigung im Rahmen der NATO zustimmte, und, dass die Zukunft der Sowjetunion von ihrer Integration in Europa abhing, wofür Deutschland der entscheidende Akteur sein würde.”

9 "Jedoch Innerhalb der US-Regierung entbrannte noch eine andere Diskussion, eine Debatte über die Beziehungen zwischen der NATO und Osteuropa. Die Meinungen gingen auseinander, aber der Vorschlag des Verteidigungsministeriums vom 25. Oktober 1990 lautete, "die Tür für eine osteuropäische Mitgliedschaft in der NATO offen zu lassen".

10 US National Security Archiv, Washington, D.C., 16. März 2018, <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansion-what-yeltsin-heard>.

11 Document 26, U.S. Department of State, European Bureau: Revised NATO Strategy Paper for Discussion at Sub-Ungroup Meeting, Oct 22, 1990, Source George H. W. Bush Presidential Library, NSC Heather Wilson Files, Box CF00293, Folder “NATO – Strategy (5), https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early#_ednref1

presence in Germany within the framework of NATO, *not an inch* of NATO's present military jurisdiction will spread in an eastern direction.”¹² (ebenda S.5)

Der gleiche Baker sondierte *im selben Monat*, im Gegensatz zum Versprechen an Gorbatschow, in Polen, Ungarn sowie der Tschechoslowakei deren Einverständnis mit einer Osterweiterung der NATO. Robert L. Hutchings, außenpolitischer Referent in der Bush-sen.-Administration und Begleiter Bakers während dieser Gespräche. notierte: Während Polen und Ungarn sich als begeisterte NATO-Anhänger erwiesen, sei es in Prag schwieriger gewesen. „Präsident Havel war schon problematischer“. Dieser war dafür, daß „beide militärischen Blöcke – also NATO und Warschauer Pakt – gleichermaßen aufgelöst und von einer neuen, paneuropäischen Friedensordnung¹³ ersetzt werden sollten, vorzugsweise durch die KSZE als einem neuen kollektiven Sicherheitssystem. [...] *Wir* (Kursiv-A.S.) hielten es für wichtig, ihm auseinanderzusetzen, weshalb die Vereinigten Staaten nicht der Meinung waren, daß die KSZE die NATO als Instrument der europäischen Sicherheit ersetzen könnte, auch wenn sie durchaus ein neues Rollenverständnis annehmen sollte.“¹³

Hutchings verdeutlichte im Kapitel „Der Bonn-Washington-Nexus“ die Motivation der USA, den deutschen Vereinigungsprozess zu „begleiten.“ Er wusste, was für die USA auf dem „Spiel stand“: „Für die Deutschen die Wiedervereinigung ihres Landes, für die Amerikaner ihre künftige Rolle und Präsenz in Europa¹⁴ und für beide die künftigen Sicherheitsstrukturen Europas und ihre jeweilige Beziehungen zur Sowjetunion.“ „Besondere Beunruhigung rief bei den USA Genschers Rede in Tutzingen hervor, insbesondere sein Satz „eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten [...] wird es nicht geben.“ (ebenda)

Bundesdeutsche Position – Rückblick und Einschätzung

Im gegebenen thematischen Kontext ist ein Rückblick auf die Position der Bundesregierung um 1989/90 sinnvoll, weil damals, gestützt auf die KSZE-Schlußakte, friedens- und sicherheitspolitisch förderliche Prinzipien und Instrumente zur Verfügung standen und angewendet wurden. Selbst im amerikanischen Windschatten, der schon damals darauf gerichtet war, wie Hutchings Erinnerungen belegen, eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung mit Russland zu unterlaufen. Oberstes amerikanisches Ziel war hingegen nach einem als „Geheim“ qualifizierten US-Konzeptpapier von 1956: “ Für die USA bleibt NATO das als gut etabliertes und leicht verfügbares Instrument zur Ausübung des amerikanischen politischen Einflusses in Europa unerlässlich.”¹⁵

12 “Weder der Präsident noch ich beabsichtigen, aus den stattfindenden Prozessen einseitige Vorteile zu ziehen“, und daß die Amerikaner verstanden haben, daß „es nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für andere europäische Länder wichtig ist, Garantien dafür zu haben, daß, wenn die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO beibehalten, sich kein Zentimeter der gegenwärtigen militärischen Zuständigkeit der NATO in östlicher Richtung ausbreiten wird“.

13 Robert L. Hutchings, Als der Kalte Krieg zu Ende war, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999, S. 176.

14

15 INR-Thomas L. Hughes an den Sekretär, "Die Bedeutung der NATO - Gegenwart und Zukunft", REU-34, 13. August 1965, Geheimnis, Quelle: RG 59, INR, Koordinations- und Überprüfungsstab für Berichte. Intelligence Reports, 1965-1966, box 160, REU-34-RM; <https://nsarchive.gwu.edu/briefing->

Einzelheiten dieser Periode können hier nur stichpunktartig wiedergegeben werden. Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Genscher sowie NATO-Generalsekretär Woerner waren in ihren Grundpositionen nahe oder stimmten überein.

- *Bundeskanzler Kohl*: Vereinbarung mit „Generalsekretär Gorbatschow“ über „Bausteine für ein gemeinsames Haus Europa“. Bestehend aus einem „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November 1990.¹⁶
- *Bundesminister des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher*: „Mit einem im KSZE-Rahmen institutionalisierten kooperativen europäischen Sicherheitssystem werden wesentliche Bausteine einer neuen europäischen Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural geschaffen.“¹⁷
- *NATO-Generalsekretär Manfred Wörner* formulierte als Zukunftsprinzipien der Atlantischen Allianz: „Ein Bündnis im Wandel: von der Konfrontation zur Kooperation; von einem militärischen zu einem politischen Bündnis; von der Abschreckung zum Schutz vor Risiken und zur Gewährleistung von Stabilität; von der Friedenssicherung zur Friedenskonsolidierung; von einem von den USA geführten Bündnis zu einer echten Partnerschaft, in der die Europäer jetzt eine gleichberechtigte Führungsrolle spielen.“¹⁸
- *SPD, Egon Bahr*: Konzeption für die Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs vom „Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok als sicherheitspolitische Einheit.“ „Europa habe die Chance, Kriege zwischen ihnen unmöglich werden.“¹⁹

Diese friedliche Koexistenz zwischen Europas west- und östlichen Staaten intendierenden Konzepte und Positionen standen divergierend sowohl zu amerikanischen Konzepten jener Zeit, als auch zu heutigen Absichten. Henry Kissingers fundamentalem Werk „Weltordnung“ (2014) ist zu entnehmen: „Aus eigener Sicht betrachtete Amerika... den Kalten Krieg nicht als einen geopolitischen Kampf um die Grenzen der russischen Macht, sondern als einen moralischen Kreuzzug für die freie Welt“²⁰ „Die Atlantische Allianz, so wurde jetzt verkündet, müsse sich weniger um Sicherheit als um ihre politische Reichweite kümmern.[...] Die Erweiterung eines Militärbündnisses auf historisch umstrittenes Gebiet, das in einem Umkreis von wenigen hundert Kilometern von Moskau entfernt lag, wurde dabei nicht primär aus Sicherheitsgründen, sondern als zweckmäßige Methode ins Auge gefasst, um weiter Demokratie zu ‚verankern‘“. (S. 106) „Heritage Foundation“ verdeutlichte in einem „Special

book/nuclear-vault/2018-12-11/natos-original-purpose-double-containment-soviet-union-resurgent-germany.

¹⁶ Zehn Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1990, <https://archiv.bundesregierung.de/resource/blob/975236/237440/63b9cde71a07804a8ee297d1561cd1ed/2009-11-16-regierungsdokumente-20-jahre-dt-einheit-data.pdf?download=1>

¹⁷ Bulletin der Bundesregierung Nr. 113/S. 1187 vom 21. September 1990.

¹⁸ The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s, Address by Secretary General.

¹⁹ Egon Bahr, Zu meiner Zeit, Karl Blessing Verlag, München, 1996, S. 566

²⁰ Henry Kissinger, Welt Ordnung, Pantheon, 3. Auflage, Bertelsmann Verlag, München, 2014, S. 326.

Report, Preparing the U.S. National Security Strategy for 2020 and Beyond“ eine ungeheuerliche Eskalation: „Den konventionellen Fußabdruck der NATO von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu erweitern und zu stärken. All dies ist nicht nur wichtig, um Putin zu zeigen, dass Amerika auf der Hut ist. Auch, um den Europäern zu zeigen, dass die USA ihren Weg gehen werden, wenn es darum geht, den russischen Einfluss entschieden aufzuhalten.“²¹

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste:

„Nach Auffassung von Völkerrechtswissenschaft und -rechtsprechung sind vorvertragliche Verhandlungen nur äußerst restriktiv zur Auslegung von Verträgen heranzuziehen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass eine im Rahmen einer Verhandlung geäußerte Position einer späteren Vertragspartei keineswegs dem von ihr letztlich gewünschten Vertragsinhalt entsprechen muss, da verhandlungsstrategische Erwägungen (Unterstreichung – A.S.) in diesem Bereich eine wichtige Rolle spielen können.[...] Wenn die damalige Sowjetunion darüber hinaus den während der Verhandlungen mündlich bilateral geäußerten Vorbehalt zum Vertragsinhalt hätte machen wollen, so hätte sie dies bei Vertragsabschluss deutlich machen können und müssen.“²²

Periode zwei: Von NATO-Osterweiterung zu NATO-Eurasien-Kontinentalisierung

„Atlantik-Brücke“, Berlin, ließ Elbridge Colby, Direktor Defense-Programms, „Center for a New American Security“, Washington, das Wort zugunsten amerikanischen Insistierens auf Mitwirken der NATO in einem „Great Power Competition“ der USA mit Russland und China ergreifen. Colby: „Wenn es die Nato noch nicht gäbe, müsste sie jetzt geschaffen werden.“ Sie sei im Kern eine Sicherheitsallianz und mit 29 Staaten sehr breit gefächert. „Ich bin mir nicht sicher, ob sie ausreichend zueinanderhält“. [...] „Was ihr fehlt, ist eine wirkliche Bedrohung, so wie die der Sowjetunion.“ Colby fordert dazu auf: „Wenn Europa mehr Verantwortung gegenüber Russland schulterte, dann würde das den Vereinigten Staaten erlauben, sich noch stärker auf China zu konzentrieren.“²³

Die USA verstehen unter „Great Power Competition“ ihren globalen Führungsanspruch

21 Heritage Foundation, USA. Das Zitat ist dem „Special Report ‚Preparing the U.S. National Security Strategy for 2020 and Beyond‘ entnommen, in welchem die Stiftung Leitlinien für Politik der USA gegenüber Russland formuliert. The Heritage Foundation, SPECIAL REPORT No. 214 | MAY 23, 2019, S.5, Preparing the U.S. National Security Strategy for 2020 and Beyond,

22 Zur öffentlichen Diskussion über Anfang der 1990er Jahre möglicherweise getroffene Zusagen westlicher Spitzenpolitiker zu einem Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Sachstand, 2016, WD 2 - 3000 - 031/16, S. 9.

23 Elbridge Colby, The number one national security priority is great power competition, Atlantik-Brücke, 21.12.2021. (Kursiv und Übersetzung A.S.)

(„The United States global leadership role“). So postuliert in Punkt Eins von „Statement of Policy“, 117th-Congress-Senate-Bill/1169.²⁴ US-Amerika versteht als „Global“ eine „um die USA und ihre alliierten Partner zentrierte Welt“.²⁵

Dass Amerika unter „Alliierte Partner“ die NATO in ihr Ringen integriert, steht für die USA außer Frage: „Als Basen“ großräumiger, langfristiger U.S.-Militäroperationen gegen China und Russland“ gelten „US-Allianzen und –Partnerschaften, einbegriffen die NATO, *welche geschaffen wurde*, um die Sowjetunion (heute Russland) daran zu hindern, regionaler Hegemon über Europa zu werden.“²⁶

Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich, dass hier die eingangs erwähnte Periode amerikanischer Bemühungen begonnen hat, mit Hilfe der NATO-Osterweiterung durch Einbeziehen Eurasiens den eurasischen Doppelkontinent zu kontrollieren.

Amerikas „Neue Großmächte-Rivalität“

US-Congressional Research Service²⁷: „Ein spezifisches, von US-Politikarchitekten öffentlich nur selten Preis gegebenes Schlüsselement traditioneller weltpolitischer Rolle der USA *seit dem Zweiten Weltkrieg* besteht darin, in *Eurasien* dem Entstehen von Hegemonen entgegenzuwirken. Dieses Ziel reflektiert eine amerikanische geopolitische Sichtweise und Grand Strategy, die von US-Strategen und Politikern während und in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde und grundsätzlichen Einschätzungen Rechnung trägt.“ (Kursiv – A.S.) „Obwohl die politischen Entscheidungsträger der USA in der Öffentlichkeit nicht oft explizit das Ziel nennen, die Entstehung regionaler Hegemone in Eurasien zu verhindern, scheinen die militärischen Operationen der USA im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie zahlreiche militärische Kriegseinsätze und alltägliche Operationen der USA seit dem Zweiten Weltkrieg (und nichtmilitärische Elemente der nationalen Strategie der USA seit dem Zweiten Weltkrieg) zu einem nicht geringen Teil zur Unterstützung dieses Ziels durchgeführt worden zu sein.“ (ebenda FN 26)

Dem entsprechenden Dokument des US-Congress Research Service zufolge folgen die USA mit jener Strategie folgenden Absichten:

Geopolitische:

- „Das bedeutenden Potential an Bevölkerung, Ressourcen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Eurasien würden für regionale Hegemone eine Machtkonzentration darstellen, die groß genug wäre, um lebenswichtige Interessen der USA zu bedrohen.“

24 Congressional Bills 117th Congress [From the U.S. Government Publishing Office], [S. 1169 Reported in Senate (RS)], <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/1169/text>.

25 „The world which centers with United States allies and partners.“ Ebenda, (25).

26 U.S. Role in the World: Background and Issues for Congress, S.4, Updated January 19, 2021, Congressional Research Service, <https://crsreports.congress.gov>, <https://sgp.fas.org/crs/row/R44891.pdf>. (Kursiv – A.S.)

27 Congress Research Service, Defense Primer: Geography, Strategy, and U.S. Force Design, Updated April 19, 2022,

- „Eurasien könnte zu verlässlicher Selbstregulierung nicht im Stande sein, so dass die eurasischen Länder aus eigener Kraft das Entstehen eurasischer Hegemonen nicht zuverlässig zu verhindern vermögen. Das bedeutet, dass die Länder Eurasiens [...] auf Unterstützung eines oder mehrerer Länder außerhalb Eurasiens angewiesen sind, um das Entstehen von Hegemonen verlässlich abzuwehren.“
- „Die Prävention des Entstehens regionaler Hegemone begünstigt Machtdifferenzierung in Eurasien.“ (ebenda).

Geostrategisch- militärische: „Das Ziel, die Entstehung regionaler Hegemone in Eurasien zu verhindern, ist der Hauptgrund dafür, dass das US-Militär so strukturiert ist, dass es von den Vereinigten Staaten aus eingesetzt werden kann, um weite Ozeane, den Luftraum zu überqueren und in Eurasien groß angelegte sowie nachhaltige Militäraktionen in dessen Gewässern und Luftraum durchzuführen. Dafür stehen unter anderem Luftstreitkräfte mit einer erheblichen Anzahl von Langstreckenbomben, Langstreckenüberwachungsflugzeugen, Langstreckenlufttransportflugzeuge, Tankflugzeuge sowie Flugzeugträgern zur Verfügung.“²⁸

Zeithorizonte: Der Oberbegriff „Ära“ meint eine *Doktrin* der „*Post-Cold War Era of International Relations*“ oder „*langfristige strategische Rivalität*“. (ebenda 24, Kursiv A.S.) Was de facto auf „*open end*“ hinaus läuft. Die USA verorten den Beginn dieser Ära bei der „Einnahme und Annexion der Krim durch Russland im März 2014“, dessen „Handlungen in der Ost-Ukraine“ sowie „Chinas Vorgehen im Ost- und Süd-Chinesischen Meer.“²⁹ Sie werten dieses Geschehen als „Bedrohung von Kernelementen der von den US geformten internationalen Ordnung.“ (ebenda). Anders gesagt: *Die Ära „langfristiger strategischer Rivalität“ ist bereits Realität und prägt Amerikas Positionierung im Ukraine Konflikt und weit darüber hinaus.*

Die USA begeben sich mit ihrer großwahnsinnigen eurasischen Hegemonenschlacht in ihr vermutlich größtes internationales Abenteuer. Ob Europas Nato- und EU-Staaten der „*U.S. leadership of NATO*“ (!)³⁰ in jenes Abenteuer folgen, haben deren Regierungen vor den eigenen und nunmehr auch eurasischen Völkern zu verantworten.

Neue "Sicherheitsgleichung"

Die Russische Föderation übermittelte 2021 im Rahmen einer Initiative zum Austausch mit „den Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie den USA“ Entwürfe für „Übereinkommen über Sicherheitsmaßnahmen“. ³¹ „Russland setzt sich für einen integrierten Ansatz in strategischen Fragen ein. Wir schlagen vor, gemeinsam an einer neuen

28 Congressional Research Service, *Renewed Great Power Competition - Implications for Defense-Issues for Congress*, R43838 · VERSION 84, Updated January 25, 2022.

<https://news.usni.org/2022/02/15/report-to-congress-on-great-power-competition-and-national-defense-6>

29 *Great Power Competition*, S.25, 21.

30 *U.S.-European Relations in the 117th Congress*, January 14, 2022,

<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11094>.

31 https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/

"Sicherheitsgleichung" in Gestalt eines ‚Pakets‘ (Kursiv – A.S.) zu erarbeiten: „Konkrete praktische Maßnahmen zur Deeskalation der militärpolitischen Situation“ sollten u.a. sein : Rückzug der Stationierung von Kernwaffen außerhalb der Staatsgebiete; Thema der nicht-strategischen Atomwaffen; Bodengestützte Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen; Idee gegenseitig überprüfbarer Moratorien für die Stationierung bodengestützter INF-Raketen in Europa; gegenseitige Verifikationsmaßnahmen in Bezug auf die Aegis Ashore-Komplexe in Rumänien und Polen; Schwere Bomber und Überwasserkriegsschiffe; Militärische Übungen und Manöver; Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Rahmen des Wiener Dokuments von 2011.

Prononciert wurde hervorgehoben: „Die wachsende militärische Aktivität der Vereinigten Staaten und der NATO direkt an Russlands Grenzen ist alarmierend, während unsere ‚roten Linien‘ und grundlegenden Sicherheitsinteressen sowie Russlands souveränes Recht, sie zu schützen, weiterhin ignoriert werden. [...] Ohne die Bereitschaft der amerikanischen Seite, sich auf feste, rechtlich bindende Garantien unserer Sicherheit seitens der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu einigen, wird Russland gezwungen sein, zu reagieren, auch durch die Umsetzung militärtechnischer Maßnahmen.“ (ebenda)

Die USA resümierten in einer ausführlichen Reaktion zusammenfassend: „Die Regierung der Vereinigten Staaten vertritt den Standpunkt, dass Fortschritte in diesen Fragen nur in einem Umfeld der Deeskalation in Bezug auf Russlands bedrohliche Handlungen gegenüber der Ukraine erzielt werden können.“³² Von der NATO-Antwort erfuhr man aus der spanischen Zeitung EL PAÍS.³³ Die Süddeutsche Zeitung vom 26. Januar 2022 kommentierte: „Nato und USA weisen russische Forderungen zurück.“³⁴

Das russische Außenministerium wies die Antworten zurück. Insbesondere beziehe sich das auf die „Politik uneingeschränkter geostrategischer und militärischer Vorgehens des Nordatlantische Bündnisses unter der führenden Rolle der Vereinigten Staaten im postsowjetischen Raum, einschließlich des Territoriums der Ukraine, das für uns besonders sensibel ist. All dies geschieht direkt an Russlands Grenzen. So werden unsere ‚roten Linien‘ und grundlegenden Sicherheitsinteressen ignoriert und Russlands unveräußerliches Recht, sie zu verteidigen, abgelehnt. Für uns ist das natürlich inakzeptabel.“

Diese Antwort erschien am 17.2.2022.³⁵

„Wir können Russland nicht aufgeben, weil es Amerika nicht gefällt“

32 Texte beider Antworten nachlesbar unter: <http://www.russland.news/antwortschreiben-der-usa-und-nato-zum-forderungskatalog-russlands/>.

33 Los documentos confidenciales sobre Ucrania: EE UU y la OTAN ofrecieron a Putin acuerdos de desarme | Internacional | elpais.com)

34

USA+weisen+russische+Forderungen+zur%C3%BCck%0<https://www.bing.com/search?q=S%C3%BCddeutsche+Zeitung+%0D%0A+26.+Januar+2022%0D%0ANato+und+USA+weisen+russische+Forderungen+zur%C3%BCck%0>

35 <https://rg.ru/2022/02/17/rossiia-opublikovala-na-otvet-ssha-po-garantiyam-bezopasnosti-polnyj-tekst.html>

Egon Bahr: „Erstmalig lehnte Deutschland die Beteiligung am Krieg gegen den Irak ab, zusammen mit Frankreich, Russland und anderen, nicht zuletzt mit dem Papst. Die NATO verlor ihren Charakter als Bündnis, das nur im Falle eines Angriffs aktiv wird. Zum ersten Mal war bewiesen, dass Deutschland ‚Nein‘ sagen kann, ohne seine internationalen Verpflichtungen zu verletzen. [...] Damals begann die Erkenntnis zu wachsen, dass die Selbstbestimmung Europas, nach dem Ende der Sowjetunion nur noch als Emanzipation von Amerika stattfinden kann. [...] Unsere Emanzipierung von Amerika wird selbstverständlich und unabweisbar. Unsere Selbstbestimmung steht neben und nicht gegen Amerika. [...] Wenn amerikanisches Verhalten den Eindruck erwecken kann, Russland in die Knie zwingen zu wollen, dann teile ich die Meinung von Horst Teltschik, es sei blanker Irrsinn; das hätten schon Napoleon und Hitler versucht. Auf die Gegenwart bezogene Warnungen haben Kissinger und Gorbatschow, Kohl und Schmidt ausgesprochen. [...] Wir können Russland nicht aufgeben, weil es Amerika nicht gefällt“³⁶

36 Egon Bahr: Grundsatzrede in Berlin – Deutsch-Russisches Forum e.V. (deutsch-russisches-forum.de), S.3/7/8